

**Aufforderung zur Angebotsabgabe**  
**Land Saarland und Landkreis Saarlouis**

*Rahmenvereinbarung Microsoft Handelspartner*

**Offenes Verfahren**

## **1. Auftraggeber**

Land Saarland, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie,  
vertr. d.d. IT-Dienstleistungszentrum (IT-DLZ)  
Virchowstraße 7  
66119 Saarbrücken

und

Landkreis Saarlouis  
Kaiser-Wilhelm-Straße 4-6  
66740 Saarlouis

## **2. Allgemeines**

Wir möchten Sie bitten, für die ausgeschriebenen Leistungen ein Angebot zu fertigen und uns dieses innerhalb der Angebotsfrist über die Vergabepattform gem. Ziffer 6 dieser Aufforderung zur Angebotsabgabe einzureichen.

Mit „Bieter“ sind sowohl einzelne Unternehmer als auch Bietergemeinschaften gemeint, mit „Auftragnehmer“ sind Bieter oder Bietergemeinschaften bezeichnet, die den Zuschlag erhalten haben. Dies gilt, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

Die Ausschreibungsunterlagen für dieses Verfahren bestehen neben dieser Aufforderung zur Angebotsabgabe aus den folgenden Dokumenten:

1. Leistungsbeschreibung
2. Angebotsblatt
3. Preisblatt
4. Referenzbogen
5. Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn
6. Erklärung zum Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014
7. Erklärung zum Nachunternehmereinsatz
8. Verpflichtungserklärung Nachunternehmer
9. Bietergemeinschaftserklärung
10. Vertrag

## **Auftragsgegenstand**

Das Saarland und der Landkreis Saarlouis beabsichtigen mit der vorliegenden Ausschreibung den Abschluss einer Microsoft Handelspartner Rahmenvereinbarung mit einem Auftragnehmer für den Erwerb von Microsoft Produkten und Microsoftnahen Cloudleistungen, einschließlich der erforderlichen beratenden und unterstützenden Dienstleistungen und Schulungen, die im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Verwaltung dieser Produkte stehen, zu vergeben.

Weitere Informationen können der vorliegenden Leistungsbeschreibung sowie den Vertragsbedingungen entnommen werden.

### **3. Allgemeine Pflichten der Bieter**

Die Bieter haben sich unmittelbar nach Erhalt der Ausschreibungsunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern. Der Bieter ist verpflichtet, die Vollständigkeit und Lesbarkeit aller Unterlagen sofort zu überprüfen.

Die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Ausschreibungsunterlagen enthalten vertrauliche Informationen. Die Bieter haben die Vertraulichkeit der Unterlagen zu wahren. Die Ausschreibungsunterlagen dürfen durch den Bieter nur zur Erstellung des Angebotes verwendet werden. Eine sonstige Verwendung, insbesondere die Weitergabe an Dritte, bedarf der vorhergehenden schriftlichen Freigabe durch den Auftraggeber. Dies betrifft nicht die Weitergabe an Unternehmen, die als Nachunternehmer eingesetzt werden sollen, soweit diese die Unterlagen für die Angebotserstellung benötigen. Soweit der Bieter die Unterlagen an Nachunternehmer zur Angebotserstellung weitergibt, verpflichtet er sich, diesen in gleichem Maße zur Vertraulichkeit zu verpflichten, in welchem er gegenüber dem AG verpflichtet ist.

Die Bieter beteiligen sich an keinen unzulässigen oder gegen die Interessen des Auftraggebers gerichteten Wettbewerbsabsprachen. Sie haften dem Auftraggeber für sämtliche durch unzulässige oder gegen die Interessen des Auftraggebers gerichtete Wettbewerbsabsprachen, an denen sie beteiligt waren, verursachten Schäden.

#### 4. Übermittlung und Auskünfte

Zur Abgabe des Angebots sind zwingend die vom Auftraggeber bereitgestellten Formblätter zu verwenden. Enthalten die Ausschreibungsunterlagen nach Auffassung des Bieters Unvollständigkeiten, Unklarheiten oder Rechtsverstöße, so hat der Bieter den Auftraggeber unverzüglich, bis spätestens **03.07.2026, 12.00 Uhr**, darauf hinzuweisen.

Bieterfragen können nur über die Vergabeplattform <https://dtyp.de/> gestellt werden und werden nur über die Vergabeplattform beantwortet. Um eine Bieterfrage zu stellen ist es notwendig, dass sich die Bieter auf der Vergabeplattform <https://dtyp.de/> registrieren. Bieterfragen, die nach dem **03.07.2026, 12:00 Uhr** eingehen, können nicht mehr beantwortet werden. Das Risiko der vollständigen und lesbaren Übermittlung des Auskunftersuchens trägt der anfragende Bieter. Die Bieterantworten sind über die Vergabeplattform <https://dtyp.de/> abrufbar.

Nur durch diese Verfahrensbedingungen verbleibt dem Auftraggeber ausreichend Gelegenheit, angemessen auf Anzeigen zu reagieren, dies allen Bietern mitzuteilen und die Möglichkeit zu geben, diese Aspekte bei der Bearbeitung der Angebote rechtzeitig zu berücksichtigen.

#### 5. Anforderung an Form und Inhalt des Angebots

Das Angebot ist ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform verschlüsselt bis zum unter Ziffer 6 genannten Einreichungstermin einzureichen.

Vom Bieter sind dem Angebot sämtliche geforderten Unterlagen beizulegen. Mündliche Ergänzungen werden nicht berücksichtigt. Ein auf dem Postweg oder ein nicht verschlüsseltes, insbesondere als Telefax, per E-Mail oder im Wege anderer elektronischer Medien eingebrachtes Angebot kann nicht berücksichtigt werden.

Im Angebot ist einmal an der dafür vorgesehenen Stelle (Angebotsblatt) der Name des Erklärenden anzugeben. Diese Angabe gilt für alle Bestandteile des Angebotes. Sofern im Angebot der Name des Erklärenden nicht angegeben ist, gilt es als nicht abgegeben!

Das Angebot ist nach dem folgenden Schema zusammengestellt abzugeben:

- Kapitel 1: Ausgefülltes Angebotsblatt mit Datum und Name des Erklärenden
- Kapitel 2: Vollständig ausgefülltes Preisblatt
- Kapitel 3: Existenznachweis (Handelsregistrauszug oder vergleichbar)
- Kapitel 4: Referenzliste des Unternehmens
- Kapitel 5: Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn
- Kapitel 6: Erklärung zum Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014
- Kapitel 7: ggf. Erklärung zum Nachunternehmereinsatz und Verpflichtungserklärung Nachunternehmer
- Kapitel 8: ggf. Bietergemeinschaftserklärung

**Das Angebot muss vollumfänglich den Anforderungen der Vergabeunterlagen entsprechen. Bedingungen, Einschränkungen, Änderungen etc. führen zum Ausschluss des Angebotes.**

#### **HINWEISE:**

Die Nachweise und Erklärungen sind bei Bietergemeinschaften von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft zu erbringen. Der/die Bieter / Bietergemeinschaft kann sich der Fähigkeiten anderer Unternehmen bzw. Nachunternehmen bedienen.

Der Auftraggeber wird von dem für den Zuschlag vorgesehenen Bieter vor Zuschlagserteilung unter Fristsetzung von sämtlichen Nachunternehmern darüber hinaus die folgenden Erklärungen anfordern:

1. Erklärungen des Nachunternehmers, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen.
2. Nachweis der Haftpflichtversicherung gem. Ziffer 5.1.9 Nr. 5) der Bekanntmachung.

Werden diese Unterlagen nicht vorgelegt, wird das Angebot ausgeschlossen.

Darüber hinaus wird der Auftraggeber von dem für den Zuschlag vorgesehenen Bieter vor Zuschlagserteilung einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 WRegG beim Bundeskartellamt anfordern.

## 6. Angebotsfrist

Die Frist für den Eingang der Angebote endet am

**13.07.2026, 12:00 Uhr**

Die Angebote sind formgerecht ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform

<https://dtvp.de/>

einzureichen.

Ein verspätetes Angebot wird für das Vergabeverfahren nicht berücksichtigt. Das Risiko der Rechtzeitigkeit des Eingangs trägt der Bieter.

## 7. Verfahrensablauf

Folgender Verfahrensablauf ist vorgesehen:

Nach der Öffnung der rechtzeitig eingegangenen Angebote werden diese einer formalen Prüfung durch den Auftraggeber unterzogen. Die danach geeigneten Angebote werden anhand des bekanntgegebenen Zuschlagskriteriums (siehe nachfolgende Ziffer 8) gewertet. Der danach beste Bieter erhält den Zuschlag.

**ACHTUNG: Das Angebot muss vollumfänglich den Anforderungen der Vergabeunterlagen entsprechen. Bedingungen, Einschränkungen, Änderungen etc. führen zum Ausschluss des Angebotes.**

## 8. Zuschlagskriterium

Das alleinige Zuschlagskriterium ist der Angebotspreis gemäß dem ausgefüllten Preisblatt. Der Bieter mit dem geringsten Angebotspreis für die ausgeschriebene Leistung bzw. den höchsten prozentualen Nachlässen erhält den Zuschlag. Dabei fließen die im Preisblatt angegebenen Rabatte zu 95% (davon Ziff. 1.1 = 70%, Ziff. 1.2 = 10%, Ziff. 1.3 = 10 % und Ziff. 1.4 = 5%) und die Summe der begleitenden Leistungen zu 5% in die Wertung ein.

Somit errechnet sich die Punktzahl der Bieter wie folgt:

$$\text{Rabatt: Punktzahl Bieter XY} = \frac{\text{Rabatt Bieter XY} \times 95}{\text{Höchststrabatt}}$$

$$\text{Summe begleitende Leistungen: Punktzahl Bieter XY} = \frac{\text{Niedrigstpreis} \times 5}{\text{Preis Bieter XY}}$$

Insgesamt können somit **maximal 100 Punkte** erreicht werden. Der Bieter mit der höchsten Gesamtpunktzahl erhält den Zuschlag.

## 9. Zuschlag

Die Zuschlags- und Bindefrist läuft am **15.08.2026** ab. Der Auftraggeber strebt dennoch an, den Zuschlag zu einem früheren Zeitpunkt zu erteilen. Ein Anspruch auf eine vorzeitige Zuschlagserteilung besteht nicht.

## 10. Umgang mit Daten des Bieters

Der Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können und im Falle einer vorgesehenen Zuschlagserteilung an ihn gegenüber nicht berücksichtigten Bietern eine Vorabinformation gem. § 134 GWB erfolgt.

## 11. Kosten für die Teilnahme am Verfahren

Für die Teilnahme am Verfahren, insbesondere die Ausarbeitung der Angebote, erfolgt keine Vergütung, Kostenerstattung oder Entschädigung.

## **12. Akteneinsicht in einem Nachprüfungsverfahren**

Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Durchführung eines Nachprüfungsverfahrens nach den §§ 160 ff. GWB grundsätzlich allen Verfahrensbeteiligten ein Akteneinsichtsrecht zusteht (§ 165 GWB). Jedes Angebot wird in die Vergabeakte aufgenommen. Der Auftraggeber ist gem. § 163 Abs. 2 GWB verpflichtet, der Vergabekammer die gesamten Akten sofort zur Verfügung zu stellen. Die Bieter müssen daher mit der konkreten Möglichkeit rechnen, dass ihr gesamtes Angebot von den Verfahrensbeteiligten eingesehen wird. Es liegt somit im eigenen Interesse eines jeden Bieters, geheimhaltungsbedürftige Unterlagen bereits mit der Abgabe des Angebots entsprechend zu kennzeichnen. Dies sollte durch Anbringung der Kennzeichnung „Geheim“ o.ä. neben den jeweiligen Seitenzahlen der Blätter des Angebots erfolgen. Die Entscheidung über den Umfang der Akteneinsicht obliegt allein der Vergabekammer.